

**Beschlussprotokoll  
über die  
3. Sitzung des Wirtschaftsparlaments  
der Wirtschaftskammer Kärnten  
vom 31.5.2016**

Ort: Wirtschaftskammer Kärnten, Karl-Baurecht-Saal A 114  
Datum: 31. Mai 2016  
Beginn: 16.10 Uhr  
Ende: 19.15 Uhr

**Tagesordnung**

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit  
Protokoll vom 24.11.2015
2. Dr. Markus Bliem, Geschäftsführer IHSK  
„Wirtschaftsfaktor Tourismus in Kärnten“
3. Präsident Jürgen Mandl, MBA  
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“
4. Beschluss des Rechnungsabschlusses 2015  
der Wirtschaftskammer Kärnten
5. Direktor Dr. Michael Stattmann  
„5-Minuten-Highlights aus dem Haus der Wirtschaft“
6. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und  
Sozialgerichtsgesetz Funktionsperiode 1.1.2017 - 31.12.2021
7. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung
8. 6.000 Tourismus- und Freizeitunternehmen sorgen für 48.000 Arbeitsplätze -  
Herausforderungen und Anliegen
9. Allfälliges

**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit,  
Protokoll vom 24.11.2015**

Präsident Jürgen Mandl, MBA eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der Sitzung vom 24.11.2015 werden keine Einwendungen bzw. Ergänzungswünsche erhoben, es ist somit genehmigt.

**2. Dr. Markus Bliem, Geschäftsführer IHSK  
„Wirtschaftsfaktor Tourismus in Kärnten“**

kein Beschluss

**3. Präsident Jürgen Mandl, MBA  
„Zur Kärntner Wirtschaftspolitik“**

kein Beschluss

**4. Beschluss des Rechnungsabschlusses 2015  
der Wirtschaftskammer Kärnten**

Anhand beiliegender Folien erläutert Finanzreferent VDir. Mag. Peter Gauper den Rechnungsabschluss 2015.

Das Wirtschaftsparlament beschließt einstimmig:

1. den für das Rechnungsjahr 2015 vorgelegten Rechnungsabschluss der Wirtschaftskammer Kärnten, der ausgeglichen ist und
2. die Kammerdirektion zu beauftragen, den beschlossenen Rechnungsabschluss der Wirtschaftskammer Kärnten und ihrer Unterorganisationen gemäß § 132 Abs. 6 und 7 des Wirtschaftskammergesetzes der Wirtschaftskammer Österreich mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn dem Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zur Kenntnis zu bringen.

**5. Direktor Dr. Michael Stattmann  
„5-Minuten-Highlights aus dem Haus der Wirtschaft“**

kein Beschluss

## **6. Wahl der fachkundigen Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz Funktionsperiode 1.1.2017 - 31.12.2021**

Einstimmig werden jene 238 Personen, die die Voraussetzungen für die Funktion als fachkundiger Laienrichter gem. Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (ASGG) erfüllen, gewählt. Allfällige Ergänzungen des Wahlvorschlages werden an das Präsidium der Wirtschaftskammer Kärnten delegiert.

## **7. Anträge gemäß § 26 (3) Geschäftsordnung**

### **Antrag 1 „Stehzeiten von LKW“**

**Der Abänderungsantrag, eingebracht von Bruno Urschitz, Alfred Trey, Jürgen Eixelsberger, Günter Burger**

„Die Wirtschaftskammer Kärnten möge sich im Wege der Wirtschaftskammer Österreich beim Parlament und der Bundesregierung dafür einsetzen, dass im Zuge des „New-Deal“ für Österreich eine Vereinfachung und Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes vorgenommen wird. Zusätzlich soll es zu einer generellen Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeiten für LKW und Busfahrer, mit einer Ausdehnung der täglichen maximalen Höchstlenkzeit kommen. Dies insbesondere im Bereich des Baustellenverkehrs oder bei den Heimfahrtregeln“

**wird einstimmig angenommen.**

### **Antrag 2 „Unternehmertum braucht Freiheit“**

**Der Beschlussantrag, eingebracht von Sylvia Gstättner**

„Die Wirtschaftskammer Österreich möge an die Bundesregierung und die zuständigen Stellen herantreten und dazu auffordern, ein klares Bekenntnis zu Fair Play für unsere Betriebe durch die Einhaltung der geltenden Gesetze und Regelungen abzugeben:

- Das „Recht auf Selbständigkeit“ ist im politischen Prozess zu verankern, der Betroffene bestimmt die Rechtsform seiner Tätigkeit (selbständig/unselbständig) selber, und nicht die Behörde
- Klare rechtliche Rahmenbedingungen vor allem im Bereich der Sozialversicherung sind zu schaffen, um die Unternehmer vor rückwirkenden Nachzahlungen zu schützen
- Die Verwaltung muss als Partner der Unternehmer den Grundsatz „Beraten statt Strafen“ verfolgen
- Es gilt der Grundsatz der Subsidiarität - privates Unternehmertum hat Vorrang vor staatlicher Bevormundung“

**wird einstimmig angenommen.**

**Antrag 3 „Ein neues Abrechnungsmodell für Aushilfskräfte“  
Der Beschlussantrag, eingebracht von Helmut Hinterleitner**

„Die Wirtschaftskammer Österreich möge mit dem vorliegenden Modell an die Bundesregierung und die zuständigen Stellen herantreten und sich dafür einsetzen, dass das neue Abrechnungsmodell für Aushilfen mit den oben dargestellten Eckpunkten rasch umgesetzt wird“

wird einstimmig angenommen.

**Antrag 4 „Wachstum statt Vorschriften - Verwaltung neu denken“  
Der Beschlussantrag, eingebracht von Klaus Kronlechner**

„Die Wirtschaftskammer Österreich fordert die Bundesregierung und die zuständigen Stellen dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass ehebdigst

- das Kumulationsprinzip im Verwaltungsstrafbereich weitgehend abgeschafft wird
- Verwaltungsabläufe durch die Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzips für Unternehmen beschleunigt
- Gründungen einfacher und rascher möglich und
- Informations- und Meldepflichten reduziert werden“

wird einstimmig angenommen.

**Antrag 5 „Abschaffung der Mehrfach-Pflichtmitgliedschaften“  
eingebracht von Günter Burger, Friedrich Reinbold  
wird zurückgezogen.**

**Antrag 6 „Finanzielle Gleichstellung der handwerklichen Ausbildung zur  
AHS-Ausbildung“  
Der Beschlussantrag, eingebracht von Günter Burger, Friedrich Reinbold**

„Die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten werden aufgefordert, im Wege der Wirtschaftskammer Österreich als Interessenvertretung der österreichischen Wirtschaft verstärkt und mit Nachdruck einzuwirken, dass dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorgelegt wird, die vorsieht, dass sämtliche Kosten der Lehrabschluss- und Meisterprüfung von der öffentlichen Hand getragen werden und nicht vom Prüfling oder Ausbilder“

wird mehrheitlich angenommen.

**Antrag 7 „Rücknahme der Mehrwertsteueranhebung auf Beherbergung“  
Der Abänderungsantrag, eingebracht von Helmut Hinterleitner, Alfred Trey, Jürgen Eixelsberger, Günter Burger**

„Die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten werden aufgefordert, sich vehement für die umgehende Rücknahme der Mehrwertsteueranhebung auf Beherbergung einzusetzen“

wird mehrheitlich angenommen.

**Antrag 8 „Beschlussprotokoll der Wirtschaftsparlamentssitzung auf der Homepage öffentlich machen“**

**Der Beschlussantrag, eingebracht von Jürgen Eixelsberger**

„Das Wirtschaftsparlament Kärnten möge beschließen, dass die Wirtschaftskammer Kärnten ab sofort für ihre Mitglieder die Beschlussprotokolle auf der Homepage der Wirtschaftskammer Kärnten zugänglich macht“

**wird einstimmig angenommen.**

**Antrag 9 „Nein zu TTIP und CETA“**

**Der Beschlussantrag, eingebracht von Karin Prucha**

„Das Wirtschaftsparlament Kärnten spricht sich gegen die Abkommen TTIP und CETA aus und fordert die Bundesregierung auf:

- keiner >vorläufigen Anwendung< von CETA zuzustimmen und das CETA-Abkommen im Europäischen Rat abzulehnen
- die TTIP-Verhandlungen abubrechen
- keine Abschlüsse von Handels- und Investitionsabkommen, die Instrumente des Investitionsschutzes enthalten, zu tätigen
- demokratiegefährdende Abkommen im Europäischen Rat nicht zu unterstützen“

**wird mehrheitlich abgelehnt.**

**Antrag 10 „ÖBB Tagesrandverbindungen Klagenfurt-Wien/Wien-Klagenfurt“**

**Der Beschlussantrag, eingebracht von Matthias Köchl**

„Das Wirtschaftsparlament Kärnten setzt sich im Interesse der Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmer für die Schaffung von Tagesrandverbindungen bei den ÖBB ein. Eine Anbindung der Landeshauptstadt Klagenfurt an die Bundeshauptstadt Wien mit der Bahn ist für den Wirtschaftsstandort Kärnten ein wichtiger Faktor.

Am Morgen soll zwei Stunden früher von Klagenfurt nach Wien eine Bahnverbindung geschaffen werden. Zudem wäre am Abend zwei Stunden später als derzeit eine ÖBB Verbindung von Wien nach Klagenfurt nötig“

**wird mehrheitlich abgelehnt.**

**8. 6.000 Tourismus- und Freizeitunternehmen sorgen für 48.000 Arbeitsplätze - Herausforderungen und Anliegen**

kein Beschluss

**9. Allfälliges**

kein Beschluss